

spricht dafür, daß die veranschlagte Einnahmesumme nicht werde erreicht werden, weil eine große Anzahl von Nichtmitgliedern in Folge des vorhin gefaßten Beschlusses nunmehr dem Börsenverein beitreten werden, wie ja schon seit dem ersten April 21 neue Mitglieder mehr eingetreten sind als in der entsprechenden Zeit des vorigen Jahres. Der Vorstand hat auch die von Herrn Mayer berührte Frage der Abonnements-Preiserhöhung in Erwägung gezogen; wir waren aber überzeugt, daß eine solche Maßregel der Absicht des Börsenblattes widerspreche; diese Absicht geht dahin: jedem Mitgliede unser Organ zu dem allermäßigsten Preise zugänglich zu machen, wie ja das Papier eines Exemplares mehr kostet, als jedes Mitglied für den Jahrgang bezahlt. Dagegen erschien es uns richtiger, daß dasjenige einzelne Mitglied, welches durch seine Inserate im Börsenblatte seine Sonder-Vorteile habe, dafür auch entsprechend mehr zu bezahlen hätte. Die Generalversammlung wird natürlich zu bestimmen haben, ob der Vorstand von diesem Grundsatz abgehen soll.

Herr Boerster: Der Vorstand hat allerdings eine Erhöhung von 5 auf 8 Pfennige beantragt, hat sich aber dabei gesagt, daß erst im Herbst zu beurtheilen sein wird, ob nicht mit einer geringeren Erhöhung auszukommen sein wird. Will also die Generalversammlung die Erhöhung auf 8 Pfennige nicht genehmigen, so geben Sie vielleicht dem Vorstande die Ermächtigung, um 1 oder 2 Pfennige aufzuschlagen, je nachdem sich im Herbst das Bedürfnis herausstellt. Wenn der Fall eintreten sollte, daß ein größerer Theil jetziger Nichtmitglieder sich in den Verein aufnehmen läßt, so würde sich unter den jetzigen Verhältnissen für das Jahr 1873 bereits ein Verlust herausstellen, der sich auf 1756 Thlr. belaufen könnte.

Vorsitzender: Ich wiederhole, daß der Vorstand nichts Anderes im Auge hat, als daß, wenn sich gegen Ende des Jahres eine Mindereinnahme ergäbe, die nicht so groß ist, wie sie befürchtet wird, wir nicht gleich mit drei Pfennigen, sondern je nach Bedürfnis mit 1 oder 2 Pfennigen aufschlagen würden. Wird uns also eine solche Ermächtigung zu Theil, so werden wir von derselben nur nach Maßgabe des Bedürfnisses Gebrauch machen.

Herr Goldschmidt aus Berlin: Das Gehörte kann mich nicht bestimmen, für den Antrag oder das nunmehr vorliegende Amendement zu stimmen; ich nenne es ein Amendement, denn in dem gedruckt vorliegenden Antrag ist das nicht enthalten. Ich müßte aber auch dagegen stimmen. Es ist uns nachgewiesen worden, daß die Fonds nicht mehr ausreichen; das glaube ich recht gern, sehe aber darin noch nicht die Folgerung, daß deshalb die Inserate theurer werden müßten. Ich glaube nicht, daß es gerechtfertigt ist, wenn man auf diese Art die Lasten in unserem Buchhändlerstaate verschiebt und so gewissermaßen eine indirecte Steuer ausschreibt. Es dürfte dann doch rathlicher sein, lieber den Mitgliederbeitrag zu erhöhen, nicht aber den Abonnementspreis oder die Insertionsgebühren, letztere selbst dann nicht, wenn dadurch Unkosten erwachsen. Die Lasten würden aber, wie gesagt, verschoben werden; denn der Verleger hat nicht die Bekanntmachungen der Sortimentier mitzutragen, und dieser nicht die Kosten für die Recensionen; ebenso wenig ist das Gehalt des Redacteurs aus den Erträgen der Inserate zu bestreiten. Ich will, daß wir für Nichtmitglieder die Insertionsgebühren erhöhen, ganz recht, nicht aber für die Mitglieder; denn wir sind die Besitzer des Börsenblattes und haben es nicht gegründet, um gegenseitig Geld an uns zu verdienen. Wenn man sagt, es mögen doch Diejenigen die Lasten tragen, welche den Nutzen davon haben, so kann ich auch das nicht gelten lassen, denn von Inseraten haben auch die Abonnenten des Börsenblattes Nutzen; der redactionelle Theil allein wird nicht die Mehrheit der Leser fesseln. (Bravo.)

Herr Georg Reimer: Ich muß mich für den Vorschlag des Vorstandes aussprechen. Von einer indirecten Steuer, wie Herr Goldschmidt es nennt, kann nicht die Rede sein, wenn das zu Zahlende die Kosten nicht einmal deckt. Niemand kann billiger Weise verlangen, daß die Insertion unter dem Kostenpreise gewährt werde. Nachdem Sie eben eine so erhebliche Erhöhung für Nichtmitglieder genehmigt haben, so erscheint es in der That unbillig, wenn Sie jetzt die so kleine Erhöhung für die Mitglieder nicht aussprechen wollen. Gewiß sind auch unter den Nichtmitgliedern ganz ehrenwerthe Leute, die nur deshalb dem Vereine nicht beitreten, weil sie zu selten hier sind. Ich glaube kaum, daß diese nun Mitglieder werden würden, um ein paar Pfennige an Inseraten zu ersparen. Ich empfehle Ihnen nochmals den Antrag des Vorstandes.

Herr Enslin: Bei dem vorhin gefaßten Beschlusse war eine große Einstimmigkeit in der Versammlung, welche sich von hier aus sehr erfreulich ausnahm (Heiterkeit). Jetzt aber, wo es sich um den eignen Beutel handelt, ist eine große Zähigkeit vorhanden. Herr Reimer hat bereits die nöthige Consequenz betreffs der beiden Anträge unter a und b hervorgehoben (Widerspruch aus der Versammlung). Die Differenz der Insertionskosten von 1 auf 1½ Ngr. ist eine gewaltige, und ich glaube doch, es wird ein großer Theil unserer Fachgenossen nur deshalb in den Verein eintreten, um Geld zu sparen. Nehmen wir nun einmal an, daß sämtliche Nichtmitglieder jetzt in den Verein treten, so würde sich das Resultat, welches der Herr Schachmeister uns mitgetheilt hat, in ein Deficit von fast 3000 Thlr. verwandeln.

Herr F. Gerold: Auch ich bin für den Antrag, denn die 5 Pfennige decken die Selbstkosten nicht, und es ist daher nur Recht, einen Aufschlag anzunehmen. Nachdem die Erhöhung für Nichtmitglieder mit so großer Mehrheit durchgegangen ist, würde es gewiß der Würde der Versammlung besser entsprechen, auch den gegenwärtigen Antrag anzunehmen.

Es wird auf Schluß der Debatte angetragen, und nachdem derselbe unterstützt worden, wurde Herrn Schaffert aus Bremen für und Herrn Cronbach aus Berlin gegen den Schluß das Wort gegeben und derselbe dann von der Mehrheit beschlossen.

Herr Vorsteher schlägt vor, den Antrag IV b. mit der Abänderung, daß man das Wort „bis“ vor „auf 8 Neupfennige“ einschalte, zur Abstimmung zu bringen.

Herr Dr. Heinrich Brockhaus: Ich glaube, daß wir dem Vorstande einen Gefallen thun, wenn wir den Antrag in seiner ursprünglichen Fassung annehmen, ohne eine nochmalige Erörterung im Herbst zur Bedingung zu machen, die den Vorstand in eine unangenehme Lage bringen kann.

Vorsitzender: Für den Fall die Versammlung dem beitrifft, bin ich zu der Erklärung ermächtigt, daß der Vorstand seinen ursprünglichen Antrag zu Gunsten der Fassung „bis auf 8 Pfennige“ zurückzieht.

Herr Stadtrath Franz Wagner: Es ist wohl nicht recht in der Ordnung, daß der Vorstand erst so spät noch die Einschaltung „bis auf“ vorschlägt. Wir müssen pure über den Antrag abstimmen, wie er vorliegt.

Vorsitzender: Dann müßte Herr Wagner diesen Antrag wieder aufnehmen, denn der Vorstand zieht ihn zurück.

Herr Wagner: Dazu hat der Vorstand kein Recht, da die Debatte bereits geschlossen ist.

Herr Dr. Eduard Brockhaus: Ich muß mich der Anschauung des Herrn Stadtrath Wagner vollkommen anschließen; das Zurückziehen hätte vor Schluß der Debatte geschehen müssen, sonst würde uns jetzt ein vollständig neuer Antrag vorliegen.